

MARKUS MESSINGER

Rechtsunsicherheiten  
bei internationalen  
elektronischen  
Handelsgeschäften

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

319

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

319

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann





Markus Messinger

Rechtsunsicherheiten bei  
internationalen elektronischen  
Handelsgeschäften

Ihre Reduktion unter Berücksichtigung des  
deutschen, US-amerikanischen und  
internationalen Vertragsrechts

Mohr Siebeck

*Markus Messinger*, geboren 1981; Studium der Rechtswissenschaften an der Leibniz Universität Hannover; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rechtsinformatik, Leibniz Universität Hannover; Forschungsaufenthalt an der Northwestern University, Chicago; Referendariat in Hamburg; 2013 Promotion; seit 2010 Rechtsanwalt in Frankfurt am Main.

e-ISBN PDF 978-3-16-153361-7

ISBN 978-3-16-153360-0

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2014 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahr 2013 von der Juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover als Dissertation angenommen. Die Arbeit ist auf dem Stand von Februar 2013, später veröffentlichte Literatur und Gerichtsurteile sind nur noch vereinzelt aufgenommen worden. Sie ist während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rechtsinformatik der Leibniz Universität Hannover, eines Forschungsaufenthalts an der Northwestern University, Chicago, meines Referendariats in Hamburg und meiner Tätigkeit als Rechtsanwalt in Frankfurt am Main entstanden.

Mein Dank gilt an erster Stelle meinem Doktorvater, Prof. em. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Kilian. Er hat bereits bei der Themenfindung hilfreiche Anregungen geliefert und immer wieder meinen Blick für die ökonomischen Grundlagen und technischen Zusammenhänge von internationalen elektronischen Handelsgeschäften geschärft. Insbesondere danke ich ihm für die Möglichkeit, im Jahr 2007 in Hannover eine internationale Expertenkonferenz zur „United Nations Convention on the Use of Electronic Communications in International Contracts“ begleiten zu können, die zahlreiche Denkanstöße für meine Arbeit geliefert hat. Prof. Dr. Axel Metzger, LL.M. (Harvard) danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens und sein Interesse an meiner Arbeit.

Bei Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Basedow, LL.M (Harvard) bedanke ich mich für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe „Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht“. Dem Deutschen Akademischen Austauschdienst schulde ich Dank für die Unterstützung meines Forschungsaufenthaltes an der Northwestern University, Chicago.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinen Eltern, Irene und Armin Messinger. Ihren Rückhalt und ihre bedingungslose Unterstützung während meiner gesamten Studien- und Promotionszeit werde ich nie vergessen. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Mit Abschluss dieser Arbeit bin ich in Gedanken auch bei meinen Großvater Gerhard Messinger. Er hat mein Studium und den Beginn meiner Promotionszeit mit großem Interesse und Stolz verfolgt, leider war es ihm nicht vergönnt, den Abschluss dieser Arbeit zu erleben.



Schließlich bedanke ich mich von Herzen bei meiner Frau Christiane Messinger für ihre liebevolle und selbstlose Unterstützung. Nur mit ihrer Rücksicht und ihrem Verzicht war es möglich, die Arbeit neben meiner Berufstätigkeit zu vollenden.

*Frankfurt am Main, September 2014*

*Markus Messinger*

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXI
Kapitel 1: Einleitung.....	1
<i>A. Wirtschaftspolitische Ausgangsannahme</i> .....	4
<i>B. Rechtspolitische Ausgangsannahmen</i> .....	6
<i>C. Methodik und Gang der Untersuchung</i> .....	10
<i>D. Einschränkungen des Untersuchungsgegenstandes</i> .....	15
Kapitel 2: Definition internationaler elektronischer Handelsgeschäfte .....	17
<i>A. Handelsgeschäft</i> .....	17
<i>B. Elektronische Handelsgeschäfte</i> .....	21
<i>C. Internationale elektronische Handelsgeschäfte</i> .....	27
Kapitel 3: Ökonomische und technische Merkmale internationaler elektronischer Handelsgeschäfte.....	28
<i>A. Globalisierung der Märkte</i> .....	28
<i>B. Informatisierung von Transaktionen</i> .....	32
Kapitel 4: Juristische Regelungsansätze für internationale elektronische Handelsverträge.....	47
<i>A. Internationale Regelungsansätze</i> .....	48

<i>B. Regionale und nationale Regelungsansätze</i> .....	63
<b>Kapitel 5: Neue Institutionenökonomik als theoretischer Bezugsrahmen</b> .....	76
<i>A. Die Funktion von Informationen</i> .....	77
<i>B. Information und Transaktion</i> .....	78
<i>C. Der Inhalt der Neuen Institutionenökonomik</i> .....	79
<b>Kapitel 6: Neue institutionenökonomische Analyse internationaler elektronischer Handelsgeschäfte</b> .....	90
<i>A. Internationalität als Transaktionskostenfaktor</i> .....	90
<i>B. Informationstechnologie als Transaktionskostenfaktor</i> .....	95
<b>Kapitel 7: Denkmodelle zur Bewältigung der Transaktionskostenproblematik</b> .....	97
<i>A. Das Selbstverwaltungsmodell</i> .....	97
<i>B. Das Verrechtlichungs- und Nutzerschutzmodell</i> .....	116
<i>C. Zwischenergebnis</i> .....	116
<b>Kapitel 8: Effizienz der bestehenden Rechtsregeln zur Reduktion von Rechtsunsicherheit</b> .....	118
<i>A. Die Rechtslage aus Sicht der Unternehmen</i> .....	118
<i>B. Rechtslage</i> .....	120
<b>Kapitel 9: Skizze ökonomisch effizienter rechtlicher Regelungen für internationale elektronische Handelsgeschäfte</b> .....	410
<i>A. Akteure der Institutionenbildung und Institutionenanpassung</i> .....	410
<i>B. Art der rechtlichen Institution</i> .....	420

<i>C. Schaffung einer neuen rechtlichen Institution</i> .....	431
---	-----

<b>Kapitel 10: Bewertung des ECC vor dem Hintergrund der Modellüberlegungen</b> .....	469
---	-----

<i>A. Das ECC als begrenztes Einheitsrecht</i> .....	469
<i>B. Nicht erfasste Regelungsbereiche</i> .....	472
<i>C. Parteiautonomie</i> .....	473
<i>D. Lokalisierungsfragen</i> .....	474
<i>E. Formfragen</i> .....	476
<i>F. Elektronischer Vertragsschluss</i> .....	478
<i>G. Verhältnis zu anderen Regelwerken</i> .....	481
<i>H. Zwischenergebnis</i> .....	488

<b>Kapitel 11: Zusammenfassung</b> .....	490
--	-----

<i>A. Veränderung der Anforderungen an rechtliche Rahmenbedingungen durch die Globalisierung der Märkte und Informatisierung von Transaktionen</i> .....	490
<i>B. Bestehende juristische Regelungsansätze für internationale elektronische Handelsverträge</i> .....	491
<i>C. Rechtliche Rahmenbedingungen und Transaktionskosten</i> .....	491
<i>D. Das Selbstverwaltungsmodell</i> .....	492
<i>E. Effizienz der bestehenden Rechtsregeln zur Reduktion von Rechtsunsicherheit</i> .....	493
<i>F. Effiziente rechtliche Regelungen für internationale elektronische Handelsverträge</i> .....	503
<i>G. Bewertung des ECC</i> .....	506

Literaturverzeichnis .....	509
----------------------------	-----

Sachregister .....	537
--------------------	-----



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXI
<b>Kapitel 1: Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<i>A. Wirtschaftspolitische Ausgangsannahme</i> .....	<i>4</i>
<i>B. Rechtspolitische Ausgangsannahmen</i> .....	<i>6</i>
<i>C. Methodik und Gang der Untersuchung</i> .....	<i>10</i>
<i>D. Einschränkungen des Untersuchungsgegenstandes</i> .....	<i>15</i>
<b>Kapitel 2: Definition internationaler elektronischer Handelsgeschäfte</b> .....	<b>17</b>
<i>A. Handelsgeschäft</i> .....	<i>17</i>
<i>B. Elektronische Handelsgeschäfte</i> .....	<i>21</i>
I. Elektronischer Geschäftsverkehr .....	22
II. Arten elektronischer Handelsgeschäfte .....	25
<i>C. Internationale elektronische Handelsgeschäfte</i> .....	<i>27</i>
<b>Kapitel 3: Ökonomische und technische Merkmale internationaler elektronischer Handelsgeschäfte</b> .....	<b>28</b>
<i>A. Globalisierung der Märkte</i> .....	<i>28</i>
I. Die „erste“ Globalisierung im 19. Jahrhundert .....	28

II.	Faktoren der Globalisierung.....	29
III.	Ökonomische Folgen der Globalisierung der Märkte .....	29
IV.	Folgen für die rechtlichen Rahmenbedingungen internationaler elektronischer Handelsgeschäfte.....	30
<i>B. Informatisierung von Transaktionen.....</i>		<i>32</i>
I.	Konvergenz und Standardisierung .....	32
II.	Digitalisierung.....	34
III.	Cloud-Computing und Software-as-a-Service.....	36
IV.	Gefahr des unberechtigten Zugriffs und der Manipulation .....	37
V.	Wandel in den Organisationsformen für Transaktionen .....	41
	1. Organisationsform „Markt“ .....	41
	2. Organisationsform „Unternehmen“ .....	41
	a) Skalen- und Netzeffekte.....	41
	b) Virtuelle Organisationen.....	42
VI.	Folgen für die rechtlichen Rahmenbedingungen internationaler elektronischer Handelsgeschäfte.....	43
 <b>Kapitel 4: Juristische Regelungsansätze für internationale elektronische Handelsverträge.....</b>		
<i>A. Internationale Regelungsansätze.....</i>		<i>48</i>
I.	Spezifisches internationales elektronisches Vertragsrecht.....	48
	1. UN-Übereinkommen über den Einsatz von elektronischer Kommunikation bei internationalen Verträgen.....	48
	2. UNCITRAL-Modellvorschriften .....	51
	3. ICC eTerms .....	53
	4. Europäische EDI-Mustervereinbarung .....	54
	5. Lex Informatica.....	55
II.	Allgemeines internationales Vertragsrecht.....	57
	1. CISG .....	57
	2. UNIDROIT-Prinzipien für internationale Handelsverträge.....	58
	3. ICC International Commercial Terms .....	60
III.	Allgemeines internationales Prozessrecht .....	60
	1. New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.....	60
	2. Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen.....	62
	3. Europäische Mediationsrichtlinie .....	62
<i>B. Regionale und nationale Regelungsansätze.....</i>		<i>63</i>

I.	Europäische Union / Deutschland.....	63
1.	Gesetzliche Regelungen.....	63
2.	Deutscher EDI-Rahmenvertrag.....	67
II.	USA .....	69
1.	Gesetzliche Regelungen.....	69
2.	Principles of the Law of Software Contracts.....	73
3.	Model Electronic Data Interchange Trading Partner Agreement der American Bar Association.....	74
Kapitel 5: Neue Institutionenökonomik als theoretischer Bezugsrahmen.....		76
A. Die Funktion von Informationen.....		77
B. Information und Transaktion .....		78
C. Der Inhalt der Neuen Institutionenökonomik .....		79
I.	Definition „Institution“ .....	79
II.	Positive und normative Analyse .....	81
III.	Methodologischer Individualismus, individuelle Nutzenmaximierung, begrenzte Rationalität und institutionenökonomischer Imperativ .....	81
IV.	Teilgebiete der Neuen Institutionenökonomik .....	83
1.	Transaktionskostentheorie .....	83
2.	Theorie der Verfügungsrechte .....	85
3.	Konsequenzen hoher Transaktionskosten und eines großen Maßes an externen Effekten .....	86
4.	Prinzipal-Agent-Theorie / Adverse Selektion .....	88
Kapitel 6: Neue institutionenökonomische Analyse internationaler elektronischer Handelsgeschäfte.....		90
A. Internationalität als Transaktionskostenfaktor.....		90
I.	Diversität des Rechts als Merkmal des internationalen Handelsverkehrs .....	90
II.	Das internationale Tauschdilemma .....	91
III.	Rechtsunsicherheitsebenen .....	93
B. Informationstechnologie als Transaktionskostenfaktor .....		95



Kapitel 7: Denkmodelle zur Bewältigung der Transaktionskostenproblematik .....	97
<i>A. Das Selbstverwaltungsmodell</i> .....	97
I. Fallbeispiele für Institutionen der Selbstverwaltung .....	98
1. Gütesiegel .....	98
a) Funktionsweise .....	98
b) Effizienz .....	99
c) Zwischenergebnis .....	100
2. Reputations- und Feedbacksysteme .....	100
a) Das eBay-Reputationssystem .....	101
aa) Funktionsweise .....	101
bb) Effizienz .....	102
b) Theoretische Geeignetheit von Reputations-/ Feedbacksysteme .....	105
aa) Das spieltheoretische Modell von Ockenfels .....	105
bb) Kritik .....	107
II. Ablehnung einer reinen Lex Informatica .....	110
1. Cyberspace als eigenständiger Rechtsraum und die Konsequenzen .....	111
2. Entstehen von Sub-Regelsystemen .....	113
3. Kollisionen von nationalem Recht und Cyberlaw .....	114
4. Verstärkung von Marktmacht und „Amerikanisierung“ .....	114
5. Zwischenergebnis .....	115
<i>B. Das Verrechtlichungs- und Nutzerschutzmodell</i> .....	116
<i>C. Zwischenergebnis</i> .....	116
 Kapitel 8: Effizienz der bestehenden Rechtsregeln zur Reduktion von Rechtsunsicherheit .....	 118
<i>A. Die Rechtslage aus Sicht der Unternehmen</i> .....	118
<i>B. Rechtslage</i> .....	120
I. Internationale Zuständigkeit .....	120
1. Rechtsquellen .....	121
2. Internationale Zuständigkeit nach der EuGVVO .....	122
a) Anwendungsbereich .....	122

b) Allgemeiner Gerichtsstand des Wohnsitzes,	
Art. 2 Abs. 1, 60 Abs. 1 EuGVVO .....	123
aa) Satzungsmäßiger Sitz, Hauptverwaltung und Hauptniederlassung einer am elektronischen Geschäftsverkehr beteiligten Gesellschaft oder juristischen Person..	123
(1) Satzungsmäßiger Sitz .....	123
(2) Hauptverwaltung .....	124
(3) Hauptniederlassung .....	124
(4) Sonderfall: Virtuelle Unternehmen .....	126
bb) Grenzüberschreitender Bezug .....	127
cc) Zwischenergebnis .....	128
c) Besonderer Gerichtsstand des Erfüllungsortes,	
Art. 5 Nr. 1 EuGVVO .....	128
aa) Gerichtsstand am Liefer- oder Dienstleistungsort,	
Art. 5 Nr. 1 lit. b EuGVVO .....	129
(1) Erfüllungsort beim elektronischen Kaufvertrag über eine bewegliche Sache,	
Art. 5 Nr. 1 lit. b 1. Spiegelstrich EuGVVO.....	130
(a) Elektronischer Kaufvertrag über eine bewegliche Sache .....	130
(aa) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut .....	130
(bb) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	130
(b) Bestimmung des Lieferortes .....	133
(aa) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut .....	134
(bb) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	134
(2) Erfüllungsort beim elektronischen Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen,	
Art. 5 Nr. 1 lit. b 2. Spiegelstrich EuGVVO.....	135
(a) Elektronischer Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen .....	135
(aa) Elektronischer Vertrag über nicht digital erbrachte Dienstleistung .....	135
(bb) Elektronischer Vertrag über digital erbrachte Dienstleistung .....	135
(b) Bestimmung des Dienstleistungsortes .....	137
(aa) Elektronischer Vertrag über nicht digital erbrachte Dienstleistung .....	137
(bb) Elektronischer Vertrag über digitale erbrachte Dienstleistung .....	137

(3) Vereinbarung über den Erfüllungsort, Art. 5 Nr. 1 lit. b EuGVVO .....	139
(4) Zwischenergebnis .....	140
bb) Auffangtatbestand des Erfüllungsortes, Art. 5 Nr. 1 lit. a EuGVVO .....	141
d) Besonderer Gerichtsstand am Niederlassungsort, Art. 5 Nr. 5 EuGVVO .....	141
e) Gerichtsstandsvereinbarung, Art. 23 EuGVVO .....	142
aa) Wirksame Einigung der Parteien .....	143
bb) Formerfordernisse .....	144
cc) Gerichtsstandsklauseln in allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	146
(1) Einheitsrechtliche Einbeziehungskontrolle .....	147
(2) Verwendung fremdsprachiger AGB .....	148
(3) Kollidierende Gerichtsstandsklauseln .....	148
(4) Zwischenergebnis .....	149
dd) Zwischenergebnis .....	149
3. Internationale Zuständigkeit nach LugÜ .....	149
a) Allgemeiner Gerichtsstand des Unternehmenssitzes, Art. 2 Abs. 1, 60 Abs. 1 LugÜ .....	150
b) Besonderer Gerichtsstand des Erfüllungsortes, Art. 5 Nr. 1 LugÜ .....	150
c) Gerichtsstandsvereinbarung, Art. 23 LugÜ .....	150
4. Internationale Zuständigkeit nach deutschem Verfahrensrecht. 150	
a) Allgemeiner Gerichtsstand des Unternehmenssitzes, §§ 12, 13, 17 ZPO .....	151
b) Besonderer Gerichtsstand der gewerblichen Nieder- lassung, § 21 ZPO .....	151
c) Besonderer Gerichtsstand des Vermögens, § 23 S. 1 Alt. 1 ZPO .....	152
d) Besonderer Gerichtsstand des Erfüllungsortes, § 29 ZPO ....	155
e) Zwischenergebnis .....	155
f) Gerichtsstandsvereinbarung .....	156
aa) Die Anwendbarkeit des § 38 Abs. 1 ZPO bei internationalen Handelsverträgen .....	156
bb) Die Anwendbarkeit des § 38 Abs. 2 ZPO bei elektronischen Verträgen .....	157
(1) Die elektronische Form des § 126a BGB bei internationalen Handelsverträgen .....	157
(2) Art. 17 Abs. 1 S. 2 lit. a EuGVÜ analog bei elektronischen Verträgen .....	158
(3) Zwischenergebnis .....	159
g) Schiedsvereinbarungen .....	159

aa) Rechtsquellen .....	160
(1) Deutsches Schiedsverfahrensrecht, §§ 1025 ff. ZPO .....	161
(2) New Yorker Übereinkommen .....	161
bb) Formerfordernisse .....	162
(1) Das Formerfordernis des Art. II NYÜ .....	162
(2) Das Formerfordernis des § 1031 ZPO .....	164
(a) Grundregel .....	164
(b) Schiedsvereinbarung in kaufmännischen Bestätigungsschreiben .....	166
(c) Schiedsklausel in allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	166
(3) Zwischenergebnis .....	168
cc) Lokalisierungsfragen .....	169
5. Internationale Zuständigkeit nach US-amerikanischem Recht ..	171
a) Allgemeiner Gerichtsstand bei elektronischen Handelsverträgen .....	173
aa) Gründungssitz und Hauptniederlassung eines am elektronischen Geschäftsverkehr beteiligten Unternehmens .....	173
bb) Dauerhafte und systematische Geschäftstätigkeit im Forumstaat beim elektronischen Geschäftsverkehr .....	174
cc) Zwischenergebnis .....	177
b) Besonderer Gerichtsstand bei elektronischen Handelsverträgen .....	177
aa) Der „Sliding Scale“-Test aus Zippo Mfg. Co. v. Zippo Dot Com. Inc. ....	179
bb) Kritik und Weiterentwicklung des „Sliding Scale“-Tests .....	180
cc) Die Rolle des Serverstandorts .....	182
c) Quasi-in-rem Gerichtsstand und elektronischer Geschäftsverkehr .....	183
d) Besonderheiten bei ausländischen Beklagten .....	184
e) Gerichtsstandsvereinbarungen in elektronischen Handelsverträgen .....	185
f) Forum Non Conveniens, Lis Pendens und Anti-Suit Injunctions .....	188
g) Schiedsvereinbarungen .....	190
aa) Rechtsquellen .....	190
(1) Allgemeine Vorschriften des FAA .....	191
(2) New Yorker Übereinkommen und Umsetzungs- gesetz .....	191
(3) Panama Convention und Umsetzungsgesetz .....	192

bb) Formerfordernisse.....	192
cc) Lokalisierungsfragen .....	195
h) Zwischenergebnis.....	195
6. Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen...	196
a) Grundidee, Status und Verhältnis zu anderen Rechtsakten...	196
b) Gerichtsstandsvereinbarungen in internationalen elektronischen Handelsverträgen.....	198
c) Auswirkungen auf das europäische, deutsche und US-amerikanische Verfahrensrecht .....	200
II. Internationales Privatrecht .....	201
1. Rechtsquellen .....	201
2. Bestimmung des anwendbaren Rechts anhand des CISG .....	202
a) Anwendungsbereich .....	203
aa) Sachlicher Anwendungsbereich:	
Kaufvertrag über Waren .....	203
(1) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut .....	203
(2) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut .....	204
(a) Wareneigenschaft .....	204
(b) Kaufvertragscharakter des Erwerbvorgangs.....	207
bb) Persönlicher Anwendungsbereich: Niederlassung der Parteien in verschiedenen Staaten.....	210
cc) Räumlicher Anwendungsbereich: Vertragsstaaten- bezug des Kaufvertrags .....	212
dd) Anwendungsausschluss bei Versteigerungen, Art. 2 lit. b CISG .....	212
b) Umfang des Vertragsstatuts und Ausschluss des CISG durch die Parteien.....	213
c) Zwischenergebnis.....	214
3. Bestimmung des anwendbaren Rechts anhand der Rom-I-VO..	214
a) Anwendungsbereich .....	214
b) Rechtswahl .....	216
aa) Wirksamkeitsvoraussetzungen .....	216
bb) Der Kreis des wählbaren Rechts .....	217
cc) Binnenmarktklausel.....	218
c) Objektive Anknüpfung.....	220
d) Bedeutung des Herkunftslandprinzips, Art. 3 Abs. 1, 2 ECRL / § 3 TMG .....	224
e) Anknüpfung der Vertragsform, Art. 11 Abs. 2 Rom-I-VO...	227
f) Zwischenergebnis .....	227
4. Bestimmung des anwendbaren Rechts nach US-amerikanischem Kollisionsrecht .....	228
a) Rechtswahl .....	229

b) Objektive Anknüpfung.....	231
c) Zwischenergebnis.....	233
III. Sachrecht .....	234
I. Anwendung und Auslegung des CISG bei elektronischen Verträgen.....	234
a) Ungeregelte Bereiche des CISG .....	234
aa) Stellvertretung, Schieds- und Gerichtsstands- vereinbarungen, allgemeine Geschäftsbedingungen, Fehlerbehandlung .....	236
bb) Verhältnis zum Recht des geistigen Eigentums.....	237
b) Parteiautonomie .....	238
c) Elektronischer Vertragsschluss.....	239
aa) Erfüllung eines Schriftform- und Unterschrift- erfordernis durch elektronische Kommunikation .....	239
(1) Der Vorbehalt des Art. 96 CISG.....	240
(2) Gewillkürte Form und schriftliche Erklärungen durch elektronische Kommunikation.....	241
bb) Grundregeln für den Vertragsschluss bei elektronischen Verträgen.....	242
(1) Vorliegen eines Angebots .....	242
(2) Wirksamwerden von elektronischen Erklärungen....	243
(a) Das technische Schichtenmodell einer elektronischen Kommunikation .....	245
(aa) Schichten einer internetbasierten Kommunikation .....	245
(α) Anwendungsschicht .....	246
(β) Transmission Control Protocol-Schicht.	246
(γ) Internet Protocol-Schicht .....	247
(δ) Hardware-Schicht.....	247
(ε) Local Area Network / Internet Access Provider-Router / NSP-Backbones .....	247
(bb) Schichten einer EDI-Kommunikation.....	248
(b) Folgen für das Konzept des Zugangs elektronischer Erklärungen .....	249
(3) Ort des Vertragsschlusses .....	254
(4) Berechnung einer Annahmefrist bei elektro- nischer Kommunikation .....	254
(5) Einbeziehung von allgemeinen Geschäfts- bedingungen bei elektronischen Verträgen.....	255
(6) Elektronische Agenten .....	257
d) Vertragsdurchführung bei elektronischen Verträgen.....	258
aa) Beschaffenheit der geschuldeten Leistung.....	261
(1) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut .....	261

(2) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut .....	261
(3) Elektronischer Softwarevertrag .....	262
bb) Erfüllungshandlung und Erfüllungsort.....	264
(1) Erfüllungshandlung des Verkäufers und Erfüllungsort.....	264
(a) Lieferpflicht.....	265
(aa) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut .....	265
(bb) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	266
(cc) Elektronischer Softwarevertrag .....	267
(α) Notwendigkeit eines Testlaufs? .....	267
(β) Zurverfügungstellen (Art. 31 lit. b, c CISG) bei Download oder Onlinenutzung .....	268
(γ) Versendung (Art. 31 lit. a CISG) bei sonstiger digitaler Übermittlung .....	269
(b) Erfüllungsort .....	269
(aa) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut .....	269
(bb) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	270
(cc) Elektronischer Vertrag über digital übermittelte Software.....	270
(c) Zwischenergebnis und Rechtsfolge .....	270
(d) Wertungsmäßige Korrektur bei Übermittlungsfehlern.....	271
(e) Möglichkeit der digitalen Übermittlung von Transaktionsdokumenten.....	272
(2) Erfüllungshandlung des Käufers und Erfüllungsort .	276
(a) Kaufpreiszahlungspflicht .....	276
(b) Erfüllungsort .....	277
(aa) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut .....	277
(bb) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	277
(cc) Elektronischer Vertrag über digital übermittelte Software.....	277
(dd) Zwischenergebnis .....	278
cc) Leistungsstörung.....	278
(1) Elektronische Mängelrüge .....	278

(2) Nacherfüllungsanspruch, Vertragsaufhebung und Minderung .....	280
(a) Nacherfüllungsanspruch.....	280
(aa) Ersatzlieferung .....	280
(α) Elektronischer Vertrag über ein physisches Gut.....	280
(β) Elektronischer Vertrag über ein digital übermitteltes Gut.....	281
(γ) Elektronischer Softwarevertrag über digital übermittelte Software.....	281
(bb) Nachbesserung.....	282
(b) Vertragsaufhebung.....	282
(c) Minderung .....	283
(3) Schadensersatz.....	283
e) Zwischenergebnis.....	285
2. Deutsches Sachrecht für elektronische Handelsverträge .....	289
a) Informationspflichten .....	289
aa) Rechtsquellen.....	290
bb) Allgemeine Informationspflichten .....	292
cc) Vertragsbezogene Informationspflichten.....	294
dd) Informationsdarstellung.....	295
ee) Zwischenergebnis und Rechtsfolgen.....	296
b) Parteiautonomie .....	296
c) Elektronischer Vertragsschluss.....	299
aa) Erfüllung von Formerfordernissen durch elektronische Kommunikation .....	299
bb) Grundregeln für den Vertragsschluss bei elektronischen Verträgen.....	300
cc) Vorliegen von Angebot und Annahme im elektronischen Geschäftsverkehr .....	300
dd) Wirksamwerden von elektronischen Erklärungen.....	302
ee) Elektronische Agenten .....	307
ff) Einbeziehung von allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	307
gg) Rechtsscheinsvollmachten im elektronischen Geschäftsverkehr .....	310
hh) Behandlung von Fehlern beim Vertragsschluss.....	312
ii) Vertragsschluss bei Auktionen.....	313
(1) Auktionsarten .....	313
(2) Spezialgesetzliche Regelungen.....	314
(a) Börsengesetz, Wertpapierhandelsgesetz und Kreditwesengesetz.....	314
(b) Vergaberecht .....	316
(3) Allgemeines Vertragsrecht.....	318



jj) Zwischenergebnis .....	322
d) Vertragsdurchführung .....	323
aa) Vertragstypologische Einordnung .....	323
(1) Elektronischer Vertrag über ein physisches oder digital übermitteltes Gut .....	324
(2) Elektronischer Vertrag über digital übermittelte Software .....	324
bb) Beschaffenheit der geschuldeten Leistung .....	328
(1) Elektronischer Vertrag über ein physisches oder digital übermitteltes Gut .....	328
(2) Elektronischer Vertrag über digital übermittelte Software .....	328
cc) Erfüllungsort und Erfüllungshandlung .....	330
dd) Untersuchungsrecht und Testlauf .....	332
ee) Besondere Leistungspflichten bei Softwareverträgen ...	333
ff) Leistungsstörungen .....	334
gg) Einstandspflichten .....	337
hh) Zwischenergebnis .....	338
e) Vertragsbeendigung .....	339
3. US-amerikanisches Sachrecht für elektronische Handelsverträge .....	340
a) Anwendungsbereiche und Terminologie .....	341
aa) UETA .....	341
bb) E-SIGN .....	343
dd) UCITA .....	344
ee) UCC .....	346
b) Informationspflichten .....	348
c) Parteiautonomie .....	349
d) Notwendigkeit der Vereinbarung der Wirksamkeit elektronischer Kommunikation .....	351
e) Elektronischer Vertragsschluss .....	351
aa) Erfüllung des Schriftform- und Unterschrifts- erfordernis durch elektronische Kommunikation .....	351
bb) Grundregeln für den Vertragsschluss bei elektronischen Verträgen .....	354
(1) Vorliegen eines verbindlichen Angebots .....	355
(2) Wirksamwerden elektronischer Erklärungen .....	356
(a) Grundregeln .....	356
(b) Sonderregel des § 112 UCITA .....	358
(c) Abgabe und Zugang elektronischer Erklärungen .....	358
(aa) Abgabe elektronischer Erklärungen .....	359
(bb) Zugang elektronischer Erklärungen .....	360

(d) Die Anwendung der Mailboxrule bei elektronischen Erklärungen.....	361
(e) Wirkung einer Empfangsbestätigung.....	363
(f) Ort des Vertragsschlusses.....	363
(g) Zwischenergebnis.....	363
(3) Kongruenz von Angebot und Annahme .....	363
(a) Freiheit bei der Wahl des Kommunikationsmittels für die Annahmeerklärung .....	364
(b) Einbeziehung von allgemeinen Geschäftsbedingungen.....	365
(4) Elektronische Agenten .....	369
(5) Rechtsscheinsvollmachten im elektronischen Geschäftsverkehr .....	371
(6) Behandlung von Fehlern beim Vertragsschluss .....	371
(7) Speicherbarkeit der elektronischen Kommunikation .....	372
cc) Vertragsschluss bei Auktionen.....	372
dd) Zwischenergebnis .....	373
f) Vertragsdurchführung.....	375
aa) Leistungspflichten .....	375
bb) Leistungsverweigerungsrechte .....	377
cc) Leistungserbringung.....	378
(1) Erfüllungsort.....	378
(2) Erfüllungshandlung .....	378
(3) Untersuchungsrecht und Annahme der Leistung.....	378
(4) Wirkung der Leistungserbringung .....	379
dd) Besondere Leistungspflichten .....	380
ee) Automatische Sicherungsmaßnahmen .....	381
ff) Rechtsbehelfe bei Vertragsbruch .....	381
(1) Ablehnung der Leistung.....	382
(2) Vertragsauflösung .....	383
(3) Angemessene Versicherung der Leistungserbringung.....	383
(4) Schadensersatz.....	383
(a) Schadensersatzumfang .....	384
(b) Art des Schadensersatzes .....	384
(c) Haftungsbegrenzungen und Schadenspauschalierung.....	385
(5) Elektronische Selbsthilfe.....	385
gg) Zwischenergebnis .....	386
g) Vertragsbeendigung .....	387
IV. Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Urteilen .....	387

1. Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Urteilen durch deutsche Gerichte.....	388
a) Anerkennung und Vollstreckung von Gerichtsurteilen aus Staaten der EU.....	389
b) Anerkennung und Vollstreckung von US-amerikanischen Gerichtsurteilen .....	390
aa) Anerkennungszuständigkeit .....	391
bb) Ordre Public-Vorbehalt.....	391
cc) Gegenseitigkeit .....	392
c) Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Schiedsurteilen .....	392
aa) Anerkennungsversagungsgründe.....	393
bb) Verfahren der Vollstreckbarerklärung .....	393
d) Zwischenergebnis.....	395
2. Anerkennung und Vollstreckung von deutschen Urteilen durch US-amerikanische Gerichte .....	396
a) Anerkennung und Vollstreckung von deutschen Gerichtsurteilen .....	396
b) Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Schiedsurteilen .....	398
c) Zwischenergebnis.....	399
3. Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen...	399
V. Beweisrecht und elektronische Verträge .....	400
1. Deutsches Beweisrecht für elektronische Verträge.....	401
2. US-amerikanisches Beweisrecht für elektronische Verträge....	403
VI. Ergebnis .....	405

## Kapitel 9: Skizze ökonomisch effizienter rechtlicher Regelungen für internationale elektronische Handelsgeschäfte .....

410

### A. Akteure der Institutionenbildung und Institutionenanpassung .....

410

I. Das Fehlen eines Super-Leviathans und die Rolle internationaler Organisationen .....	410
II. Die Rolle der Staaten.....	412
1. Der Rational-Choice-Ansatz als theoretischer Bezugsrahmen für staatliches Verhalten bei internationaler Zusammenarbeit ..	412
2. Internationale Zusammenarbeit bei der Verrechtlichung des internationalen elektronischen Handelsverkehrs.....	416
III. Zwischenergebnis.....	419

<i>B. Art der rechtlichen Institution</i> .....	420
I. Internationales Einheitsrecht als Institution.....	421
II. Begrenztes Einheitsrecht und hybrides System .....	423
1. Begrenztes Einheitsrecht.....	424
2. Hybrides Rechtssystem .....	425
3. Bewertung .....	428
III. Zwischenergebnis .....	430
<i>C. Schaffung einer neuen rechtlichen Institution</i> .....	431
I. Allgemeines .....	431
1. Lokalisierung virtueller Geschäftsbeziehungen .....	432
2. (Web-)Electronic Data Interchange .....	435
3. Vertragstypologische Einordnung elektronischer Handelsverträge .....	436
4. Zwischenergebnis.....	436
II. Internationale Zuständigkeit und internationales Privatrecht.....	437
1. Gerichtsstands- und Rechtswahlvereinbarung als effizienteste Lösung .....	438
2. Internationale Zuständigkeit und kollisionsrechtliche Anknüpfung bei fehlender Parteivereinbarung .....	442
3. Schiedsverfahren .....	446
4. Zwischenergebnis.....	448
III. Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Urteilen .....	449
IV. Sachrecht.....	449
1. Privatautonomie und dispositives Vertragsrecht.....	449
2. Formvorschriften.....	451
3. Elektronischer Vertragsschluss.....	453
a) Wirksamwerden von Willenserklärungen .....	453
b) Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen.....	457
c) Rechtsscheinsvollmachten .....	459
d) Zurechnung von Kommunikationsfehlern.....	460
4. Leistungsstandards .....	461
5. Leistungserbringung.....	463
6. Leistungsstörung .....	463
7. Zwischenergebnis.....	466

## Kapitel 10: Bewertung des ECC vor dem Hintergrund der Modellüberlegungen .....

469

### *A. Das ECC als begrenztes Einheitsrecht* .....

469

<i>B. Nicht erfasste Regelungsbereiche</i> .....	472
<i>C. Parteiautonomie</i> .....	473
<i>D. Lokalisierungsfragen</i> .....	474
<i>E. Formfragen</i> .....	476
<i>F. Elektronischer Vertragsschluss</i> .....	478
I. Abgrenzung zwischen verbindlichem Angebot und bloßer invitatio ad offerendum .....	478
II. Ort und Zeit der Absendung und des Zugangs elektronischer Kommunikation .....	478
III. Einsatz elektronischer Agenten .....	480
IV. Fehlerbehandlung .....	480
<i>G. Verhältnis zu anderen Regelwerken</i> .....	481
I. Auswirkungen auf das CISG .....	482
II. Auswirkungen auf das New Yorker Übereinkommen und das Haager Übereinkommen über Gerichtsvereinbarungen .....	483
III. Auswirkungen auf das harmonisierte EU-Recht und das deutsche Recht .....	484
IV. Auswirkungen auf das US-amerikanische Recht .....	487
<i>H. Zwischenergebnis</i> .....	488
 <b>Kapitel 11: Zusammenfassung</b> .....	 490
<i>A. Veränderung der Anforderungen an rechtliche Rahmenbedingungen     durch die Globalisierung der Märkte und Informatisierung von     Transaktionen</i> .....	 490
<i>B. Bestehende juristische Regelungsansätze für internationale     elektronische Handelsverträge</i> .....	 491
<i>C. Rechtliche Rahmenbedingungen und Transaktionskosten</i> .....	491
<i>D. Das Selbstverwaltungsmodell</i> .....	492
<i>E. Effizienz der bestehenden Rechtsregeln zur Reduktion von     Rechtsunsicherheit</i> .....	 493

I.	Internationale Gerichtszuständigkeit.....	493
II.	Internationales Privatrecht.....	495
III.	Sachrecht.....	496
	1. Informationspflichten.....	497
	2. Elektronischer Vertragsschluss.....	497
	3. Leistungsstandards und Leistungserbringung .....	499
	4. Leistungsstörung .....	501
IV.	Anerkennung und Vollstreckung .....	502
V.	Beweisrecht.....	503
<i>F. Effiziente rechtliche Regelungen für internationale elektronische Handelsverträge .....</i>		
		503
I.	Internationale Zusammenarbeit bei der Verrechtlichung des internationalen Handelsverkehrs.....	503
II.	Art der rechtlichen Institution .....	503
III.	Inhalt effizienter rechtlicher Regelungen.....	504
<i>G. Bewertung des ECC .....</i>		
		506
Literaturverzeichnis.....		509
 Sachregister .....		 537